

**Stadtratsfraktion
Lüneburg**

**Ratsherr
Jens Polster**

Jens Polster, Willy-Brandt-Str. 18, 21335 Lüneburg

**Oberbürgermeister Mädge
- Rathaus -**

21335 Lüneburg

Willy-Brandt-Str. 18
21335 Lüneburg
Tel 04131/268358
Jens.Polster@rathaus-aktuell.de
www.rathaus-aktuell.de

Grüne

8. April 2007

Antrag zur nächsten Ratssitzung

Resolution an den Niedersächsischen Landtag

Hamburger Modell zu Studiengebühren zum nächsten Wintersemester übernehmen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert den Landtag auf, das in den Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der GAL in Hamburg gefundene Studiengebührenmodell zu übernehmen. Des Weiteren sind für die Übergangszeit entsprechende Haushaltsmittel in der Höhe der nach dem jetzigen Modell zu erwartenden Studiengebühren für die Hochschulen bereit zu stellen, damit durch den Wegfall der Einnahmen aus den Studiengebühren die Quantität und die Qualität der Lehre nicht leidet.

Der Studienstandort Lüneburg steht in direkter Konkurrenz zu den Studienstandort Hamburg. Der in Hamburg gefundene Kompromiss ermöglicht ein gebührenfreies Studium, da die Studiengebühren nachgelagert unter Berücksichtigung des Einkommens erhoben werden sollen. Der Unterschied zu der Möglichkeit der Kreditaufnahme bei der NBank im niedersächsischen Modell ist, dass eine verzinste Kreditaufnahme in Hamburg nicht nötig ist und die Gebührenerhebung sozialverträglich erfolgt. Somit entscheidet die soziale Herkunft nicht über die Aufnahme eines Studiums. Außerdem sind die Gebühren in Hamburg niedriger als in Niedersachsen. Dies alles führt dazu, dass der Studienstandort Lüneburg erhebliche Nachteile gegenüber den Studienstandort Hamburg hat.



Begründung:

Mit der Einführung des neuen Studiengebührenmodells in Hamburg wird sich jede StudentIn vor allem in Studiengängen, die er/sie sowohl in Hamburg als auch in Lüneburg studieren kann, genau überlegen, wo er/sie studiert. Der finanzielle Aspekt ist dabei ein wesentliches Entscheidungskriterium. Hier kommt das neue Hamburger Studiengebührenmodell mit nachgelagerten Studiengebühren, die erst gezahlt werden müssen, wenn das Jahreseinkommen über 30.000 EUR liegt, den StudentInnen entgegen. Eine Verschuldung durch einen Kredit für Studiengebühren wie in Niedersachsen ist dann nicht notwendig. Hinzu kommt, dass die Gebühren in Hamburg in Höhe von 375 EUR pro Semester gegenüber 500 EUR pro Semester in Niedersachsen erheblich niedriger ausfallen. Wenn wir unsere Studierendenzahlen halten und möglichst noch ausbauen wollen, müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Hamburger Studiengebührenmodell auch in Niedersachsen übernommen wird.

Bündnis 90/Die Grünen wird sich weiterhin für die Abschaffung der Studiengebühren für das Erststudium einsetzen, da nur so wirkliche Bildungsgerechtigkeit erzielt werden kann und die soziale Herkunft nicht über die Aufnahme eines Studiums entscheidet. Das Erststudium umfasst für uns ein Studium bis zum Abschluss eines Masters.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Jan Rohde". The signature is written in a cursive, flowing style.